

SHK Schweizerische Hochschulkonferenz  
Herrn Bundesrat Guy Parmelin, Präsident  
z.H. Frau Isabella Brunelli  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Luzern, 12. Juni 2019

**Anhörungsantwort der Association of Management Schools Switzerland (AMS)  
zur Verordnung über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Association of Management Schools Switzerland (AMS), der Verband der öffentlichen und privaten Wirtschaftsfachhochschulen der Schweiz, bedankt sich für die Möglichkeit, zur Verordnung über die Koordination der Lehre an den Schweizer Hochschulen Stellung nehmen zu können.

Die AMS begrüsst die geplante Verordnung grundsätzlich. Die strengen Formen einer Verordnung lassen leider nur wenig Spielraum, die Grundsätze des HFKG gebührend zum Ausdruck zu bringen. Für die Wirtschaftsfachhochschulen der Schweiz erscheint es jedoch relevant, dass der Grundsatz der Schaffung eines Hochschulraums mit gleichwertigen, aber andersartigen Hochschultypen sowie der Grundsatz der Durchlässigkeit in den einzelnen Bestimmungen der vorliegenden Verordnung deutlicher hervorgehoben wird. Bei drei Artikeln schlagen wir deshalb konkrete Ergänzungen vor, die sich auf ein bereits vorhandenes, gemeinsames und in der „Strategischen Planung 2021 – 2024 von swissuniversities“ ausformuliertes Verständnis der drei Hochschultypen stützen. Sie dienen dazu, Klarheit im Sinne des HFKG zu schaffen und Fehlentwicklungen in der Praxis zu korrigieren.

#### **Art 4 Ziff 2 (Doktorat)**

Der Verordnungsentwurf übernimmt das Konzept von kooperativen Doktoratsprogrammen, so wie sie in der BFI-Botschaft 2017 – 2020 lanciert wurden. Dieser Ansatz wird von der AMS unterstützt. Die bisherigen Erfahrungen mit den laufenden kooperativen Doktoratsprogrammen haben jedoch gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen den UH und den FH zum grossen Teil nicht den gewünschten Erfolg zeitigen. Dies liegt u.a. daran, dass die UH die FH in der Praxis nicht als gleichwertige Partner akzeptieren. Die im vorliegenden Verordnungsentwurf verwendete Formulierung, „die universitären Hochschulen und die anderen universitären Institutionen des Hochschulbereichs bieten den Fachhochschulen und den pädagogischen Hochschulen für die dritte Studienstufe partnerschaftliche Kooperationsmöglichkeiten an“ genügt aus unserer Sicht nicht. Wir schlagen vor, diese Formulierung in Anlehnung an die Aussagen in der „Strategischen Planung 2021 – 2024 von swissuniversities“ wie folgt anzupassen:

*„Die universitären Hochschulen und die anderen universitären Institutionen des Hochschulbereichs bieten partnerschaftlich mit den Fachhochschulen beziehungsweise den Pädagogischen Hochschulen Programme für die dritte Studienstufe an.“<sup>1</sup>*

#### **Art 8, Ziff 1 (Zulassung zum Masterstudium mit einem Bachelorabschluss eines anderen Hochschultyps)**

Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass die aufnehmende Hochschule wie bisher Voraussetzungen oder Auflagen von höchstens 60 Credits verlangen dürfen. Die AMS ist nicht grundsätzlich gegen diesen Höchstwert. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass einige UH diese Bestimmungen missbrauchen, um künstliche Hürden für FH-Absolventinnen und FH-Absolventen aufzubauen. Wir schlagen deshalb vor, ihn im Sinne des Durchlässigkeits-Grundsatzes des HFKG Art 8<sup>2</sup> wie folgt zu ergänzen:

*„Die Zulassung zum Masterstudium mit einem Bachelorabschluss eines anderen Hochschultyps hat den Zweck, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hochschultypen zu fördern.“<sup>3</sup>*

---

<sup>1</sup> Vgl. «Strategische Planung 2021 – 2024 von swissuniversities», S. 24.

<sup>2</sup> Vgl. HFKG, Art 3.

<sup>3</sup> Vgl. «Strategische Planung 2021 – 2024 von swissuniversities», S. 10.



**Art 9 Ziff 1 und Ziff 3 (Zulassung zum Doktoratsstudium)**

Der Verordnungsentwurf überlässt es den UH, die Zulassungsbedingungen zum Doktoratsstudium festzulegen. Die AMS ist zwar einverstanden mit diesem Grundsatz, sie befürchtet jedoch auch hier, dass diese offene Formulierung dazu missbraucht werden kann, die Hürden für FH-Absolventinnen und FH-Absolventen so zu erhöhen, dass ihnen der Zugang zum Doktoratsstudium möglichst schwierig gemacht wird. Die AMS schlägt folgende Ergänzung des ersten Satzes vor:

*„Die Zulassung zum Doktoratsstudium setzt einen Masterabschluss (300 Credits) (...) voraus.“*

Zudem wird vorgeschlagen, Ziff 3 folgendermassen zu erweitern:

*„Sie [die verlangten zusätzlichen Kenntnisse und Fähigkeiten] müssen verhältnismässig sein und können teilweise auch während des Doktoratsstudiums erworben werden.“*


**Art. 10 (Titel)**

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des HFKG, sprach sich die Bundesversammlung dafür aus, dass den FH dieselbe Autonomie zustehen soll, wie den UH. Art. 10 des vorliegenden Verordnungsentwurfs will diese Autonomie wieder einschränken, indem er die Möglichkeiten der Titelverleihung für die FH einschränkt. FH dürfen derzeit die Titel Bachelor of Law bzw. Master vergeben. Gemäss Verordnungsentwurf wäre dies zukünftig nicht mehr möglich. Die AMS fordert daher, die Titel-Liste unter Art 10, Ziff 1, Litt b nicht als abschliessend zu formulieren sondern für Entwicklungen offen zu halten.

Wir bedanken uns, dass Sie unserer Überlegungen in die Diskussion einbeziehen.

Mit freundlichen Grüssen

  
Prof. Dr. Christine Böckelmann  
Präsidentin

  
Dr. Christoph Ebnöther  
Generalsekretär